AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Zwei Streikwochen in Deutschland

Das zerbrochene reformistische Porzellan . Vom Tarifgebiet zum Betrieb . Die Stunde der RGO

Vom Reichskomitee der RGO wird uns geschrieben:

Ein frischer Luftzug zieht durch die deutsche Arbeiterbewegung. Hunderte Betriebe standen in den letzten zwei Wochen in Streiks und Kampfbewegungen. In tausenden Betrieben wird der Widerstandswille zur Tat, die Kampfbereitschaft steigert sich zu proletarischen Aktionen.

Zwei Streikwochen, und schon ist viel Porzellan zerbrochen. Die Pyramide der reformistischen Argumente und Gegenargumente in den drei Krisenjahren, mit deren Hilfe die Millionen Arbeiter an den Karren des bankrotten deutschen Kapitalismus gespannt wurden, zerfällt, bricht zusammen. Wir wußten schon längst: Dort, wo die proletarische Aktion zu Worte kommt, übertönt sie die widerliche Lakaienstimme des Reformismus. Die zwei Streikwochen haben es mit durchschlagender Gewalt bestätigt.

Nicht die Arbeitslosen, sondern die Bonzen

„Man kann in der Krise nicht streiken! Betriebliche Streiks sind erfolglos! Streiks bei sieben Millionen Erwerbslosen sind aussichtslos und verbrecherisch!" — Das haben tausende Gewerkschaftsangestellte den deutschen Arbeitern tagaus, tagein eingehämmert. Darüber schrien die Balkenzeilen der vielen Millionen Gewerkschaftsblätter. Das erzählte die sozialdemokratische Presse in allen deutschen Ländern und Städten.

Und mit einem Male erscheint der „Vorwärts", das Zentralorgan der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, mit groß aufgemachten Meldungen über erfolgreiche Betriebsstreiks, mit Ueberschriften wie „Erfolgreicher Widerstand", „Siegreiche Abwehr". Das Gespenst der sieben Millionen Erwerbslosen, die angeblich zum Streikbruch bereit wären, ist verflogen. Das von den Reformisten gemalte Gespenst war also ein Betrug, um die Arbeiter zurückzuhalten. Nicht sie, die sieben Millionen hungernden und darbenden Erwerbslosen, die Tausende gutbezahlter und satter Gewerkschaftsbürokraten waren es und sind es, die der zum Kampf dringenden Massen in den Arm fallen.

Von der Tariftreue

Ein anderes Gebiet: Der Tarifvertrag. Auch jetzt, in der Zeit der tiefsten Krise, werden die Löhne und Arbeitsbedingungen von sieben Millionen deutschen Arbeitern und Angestellten von Tarifverträgen geregelt. Seit der Stabilisierung der deutschen Währung, Anfang 1924, spielte der Tarifvertrag in Deutschland eine große Rolle. In der Zeit der guten Konjunktur haben wir, die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftspolitik, gegen die Tariftreue der Gewerkschaftsbürokratie rebelliert. Langfristige Tarifverträge, die oft ein bis zwei Jahre liefen, wurden abgeschlossen. Inzwischen stiegen die Preise, vergrößerte sich die Arbeitsintensität, die Arbeiter forderten Lohnerhöhung — die Gewerkschaftsbürokraten erklärten: „Wir müssen die Tariftreue wahren, damit der Tarifvertrag uns in Krisenzeiten schützt. Jetzt ist die Krise da, und die Unternehmer pfeifen auf den Tarifvertrag, sie führten mit Hilfe ihrer Regierung den brutalsten Eingriff in den Tarifvertrag durch. Die Tariftreue der Gewerkschaftsführer hat also nur den Unternehmern genutzt.

Das bürgerliche Recht ist das Recht der Ausbeuter, der Sklavenhalter. Die Gewerkschaftsführer sprechen vom Recht der Kraft. Es gibt für den Proletarier in der kapitalistischen Gesellschaft kein anderes Recht, als das Recht seiner Klassenkraft, als das Recht der proletarischen Klasse, gegen die Ausbeuter zu kämpfen. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, jeder Arbeiter und Angestellte, dessen Lohn- und Arbeitsbedingungen von einem Tarifvertrag geregelt werden, kann sich heute überzeugen, wer in diesem Streit die Interessen der Arbeiter verteidigt. Er muß und wird sich überzeugen, er muß und wird daraus die Konsequenzen ziehen.

Kniffe sozialdemokratischer Winkeladvokaten

Eine andere Frage in diesem Zusammenhang: Die Gewerkschaftsführer erklären, gegen die Abschaffung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages kämpfen zu wollen. Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, die den Unternehmern unter allen Umständen verbietet, untertarifliche Löhne zu zahlen, ist zweifellos eine wichtige Errungenschaft der Arbeiter. Aber die Gewerkschaftsführer waren es, die die ersten Schläge gegen die Unabdingbarkeit geduldet und gutgeheißen haben. Die Brüningnotverordnungen vom 5. Juni und 8. Dezember 1931 sind von den Gewerkschaftsführern toleriert worden. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 verordnete die Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die Löhne der Reichsarbeiter, d. h. eine beträchtliche Kürzung trotz bestehender Tarifverträge. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verordnete einen Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent generell für alle Arbeiter und Angestellten trotz der bestehenden Tarifverträge.

Wie peinlich den Gewerkschaftsführern diese Tatsache ist, zeigt der Rechtfertigungsversuch in der letzten Nummer der „Gewerkschaftszeitung", dem Zentralorgan des ADGB. Körpel versucht mit den Kniffen eines Winkeladvokaten einen Unterschied zwischen der Durchlöcherung der Unabdingbarkeit durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und 4. September 1932 zu konstruieren. „Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 brachte die zwangsweise Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Die Tarifvertragsparteien wurden verpflichtet, die Löhne und Gehälter zu kürzen. Es wurde also eine Pflicht zur Kürzung von der Reichsregierung vorgeschrieben. Diesmal haben die Arbeitgeber das Recht zur Kürzung."

Diesen von Körpel so fein konstruierten Unterschied versteht kein Arbeiter. Jeder Arbeiter und Angestellte, dessen Lohn trotz Tarifvertrag am 8. Dezember um 10 bis 15 Prozent gesenkt wurde, begreift diesen juristischen Kniff nicht, für ihn ähneln die Brüningnotverordnung und die Papennotverordnung wie ein Ei dem anderen.

Auch den Lakaien geht es schlecht!

Der Zusammenbruch der wichtigsten gewerkschaftspolitischen Argumente des Reformismus ist kein Zufall. Es war schon immer so. Es geht den Lakaien schlecht, wenn es dem Herren schlecht geht. Die deutsche Bourgeoisie greift zu den brutalsten Mitteln, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und zerschlägt dabei die mühselig aufgeführten ideologischen Gebäude des Reformismus. In den drei Krisenjahren hat der Reformismus versucht, neue Argumente zu schaffen, neue Illusionen zu wecken, um seinen Einfluß nicht zu verlieren. Jetzt ist die deutsche Bourgeoisie an einem Wendepunkt angelangt, sie schlägt einen neuen Weg ein, den Weg der offenen faschistischen Diktatur, und auch ihr Lakai, der Reformismus, muß sich umstellen.

Die Notverordnung vom 4. September verlegt die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital vom Tarifgebiet in den Betrieb. Mit aller Gewalt versuchte die Gewerkschaftsbürokratie bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Betriebe weit vom Schuß zu halten. Tarifverträge wurden abgeschlossen, erzwungen, ohne daß die Belegschaften auf irgend eine Art und Weise befragt wurden, die Verhandlungen wurden von Tarifpartei zu Tarifpartei geführt. Wie war es in den letzten zehn Jahren? Im Herbst und Frühjahr wurden jedes Jahr zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmern einige hundert Tarifverträge abgeschlossen und damit waren die lohnpolitischen Auseinandersetzungen im großen Maße beendet. Jetzt sind es nicht mehr 100 Tarifgebiete, sondern hunderttausende Betriebe, für die Löhne und Arbeitsbedingungen festgesetzt werden sollen.

Uns soll diese Aenderung recht sein. Wir, die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftspolitik, haben immer dafür gekämpft, daß die Belegschaften bei Abschluß und Erneuerung von Tarifverträgen das entscheidende Wort sprechen müssen. Wenn die deutsche Bourgeoisie eine Kampfgrundlage für die lohnpolitischen Auseinandersetzungen schafft, so tut sie es nicht aus Lux, sondern getrieben vom Drang zur Erhaltung ihres bankrotten Wirtschafts- und Herrschaftssystems. Aber dort, wo zehntausende Betriebe auf den Plan treten, sagen die bisherigen reformistischen Methoden des Massenbetruges nicht mehr. Deshalb der Zusammenbruch der bisherigen reformistischen Argumente und Methoden, deshalb die Umstellung des Reformismus. Aber nicht nur das allein: die Notverordnung vom 4. September 1932, die sich in der Hauptsache gegen die beschäftigten Arbeiter richtet, hat noch eine besondere Spitze gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb. Die Beschäftigungsprämie von 400 Mark pro Jahr wird ausgezahlt für jeden neueingestellten Arbeiter ohne Rücksicht auf seinen Lohn, für erwachsene Arbeiter genau so wie für Jugendliche und Frauen. Dadurch entsteht die Tendenz zur möglichen Verdrängung der gelernten Arbeiter, die den Kern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb ausmachen. Die Gewerkschaftsgruppen im Betrieb werden in die vorderste Linie des Widerstandes gestoßen.

Die Papenregierung macht in diesen Tagen einen weiteren Schritt. Sie versucht den Widerstand der Belegschaften mit einstweiligen Verfügungen, mit Drohungen und Streikverboten zu brechen. Dadurch werden die betrieblichen Kämpfe zum politischen Kampf gesteigert, zum Kampf gegen die Regierung des Lohnabbaues.

Gepeitscht von der beispiellosen Krise stellt sich die deutsche Bourgeoisie um, zusammen mit ihr ändert auch ihr treuer Diener, der Reformismus, seine Methoden des Massenbetruges.

Stärkt die Reihen der RGO!

In diesen Tagen und Wochen schlägt die Stunde der RGO. Die RGO war es, die in den Krisenjahren in die Betriebe und Stempelstellen den Gedanken des Widerstandes getragen hat. Die RGO war es, verfolgt von den Unternehmern, verhöhnt von der Gewerkschaftsbürokratie, die den deutschen Arbeitern gesagt hat: Du kannst nicht und darfst nicht auf die Waffe des betrieblichen Streiks verzichten. Die RGO war es, die sich kühn an die Spitze der proletarischen Rebellion im Betrieb stellte, die trotz Rückschlägen und Widerständen die Fahne der proletarischen Aktion in jedem Betrieb, auf jeder Arbeitsstätte aufrollte.

Nur Hunderttausende waren es bisher, die sich von den Klauen des reformistischen Betruges befreiten und der RGO folgten. Jetzt müssen es Millionen werden.

Die RGO ist nicht und will nicht eine in sich abgeschlossene, von andersdenkenden, andersorganisierten Arbeitern abgetrennte Organisation sein. Sie ist der Stützpunkt des proletarischen Widerstandes für alle Lohnsklaven, für alle, die nur ihre Arbeitskraft als eigen nennen können. Die Bürokratie hat es versucht, zwischen den RGO-Anhängern und den Gewerkschaftskollegen eine chinesische Mauer aufzurichten. Jetzt bricht diese Mauer unter den Schlägen der Wirklichkeit zusammen. Ueberall wo die Flamme des Widerstandes auflodert, überall, wo der Kampfeswille zu Aktionen sich steigert — in den Betrieben und in den Gewerkschaften, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln — muß die RGO mit Rat und Tat eingreifen.

Die Gewerkschaftsführer, die bisher gegen die betrieblichen Streiks hetzten, die die RGO-Kollegen, die für den Streik eintraten, zu Zehntausenden aus den Verbänden ausstießen, versuchen jetzt, sich als Führer der betrieblichen Streiks aufzuspielen. Das wird ihnen nicht gelingen, die deutsche Arbeiterschaft lernt mit jedem Tag immer mehr zwischen Feind und Freund zu unterscheiden.

Bisher waren es Hunderttausende, die sich der RGO anschlossen. Soll der proletarische Widerstand in Deutschland von Erfolg sein, muß er von Millionen und aber Millionen getragen werden. Deshalb ist die Stärkung der RGO die Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter. Die oppositionellen Kollegen in den Gewerkschaften müssen gemeinsam mit den RGO-Kollegen marschieren, sie müssen eine gemeinsame Sprache finden. Das ist zur Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse geworden.

In diesen Tagen und Wochen wird in zehntausenden deutschen Betrieben die einheitliche Widerstandsfront des deutschen Proletariats geschmiedet. Die deutsche Bourgeoisie hat es gewagt, in der Hoffnung auf ihre reformistischen Stützen, eine neue großzügige Offensive gegen die deutschen Arbeiter einzuleiten. Die ersten zwei Streikwochen haben gezeigt, die deutsche Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich knechtend ins Gesicht spucken zu lassen. Sie erwacht zum Widerstand und zum Angriff.

Papierarbeiter!

habt ihr schon in eurem Betrieb zu dem drohenden Lohnabbau und zu der Konferenz der Papierarbeiter am 9. Oktober in Chemnitz, Rest. „Arbeiterbörse", Heinstraße, Stellung genommen? Wenn nicht, so holt das sofort nach und

Wählt Delegierte!

Neuer Lohnabbau bei Haus Bergmann

Der SPD-Betriebsrat hat für die Arbeiterinnen „keine Zeit"

(Arbeiterkorrespondenz)

In der Zigarettenfabrik Haus Bergmann in Dresden soll den Packerinnen an den Maschinen der Lohn um 12 Prozent abgebaut werden. Die Arbeiterinnen sind darüber begreiflich erregt.

Die Packerinnen gingen zu dem SPD-Betriebsrat Teichmann und verlangten Aufklärung über die Verhandlungen, die über die Löhne zwischen dem Betriebsrat und der Betriebsleitung stattgefunden haben. Teichmann erklärte, daß

er während der Arbeitszeit keine Zeit habe,

den Arbeiterinnen die Zusammenhänge zu erklären. Eine Belegschaftsversammlung berief er aber ebenfalls nicht ein.

Die Arbeiterinnen führten daraufhin eine Unterschriftensammlung für die Abhaltung einer Betriebsversammlung durch. Sie sind fest entschlossen, diesen neuen Lohnabbauangriff mit allen Mitteln abzuwehren. Die Gesamtbelegschaft muß sie dabei unterstützen. Die Unternehmer versuchen in vielen Fällen abteilungsweise den Lohnraub durchzusetzen, weil sie glauben, daß auf diese Weise die Kampfkraft der Belegschaften zersplittert werden kann. Gelingt es dem Unternehmer erst einmal, in einer Abteilung seinen Angriff durchzusetzen, dann erweitert er ihn bestimmt auch auf die übrigen Betriebsabteilungen. Deshalb muß die Gesamtbelegschaft Solidarität üben und den Abwehrkampf der Packerinnen mit ganzer Kraft unterstützen.

„Arbeitsbeschaffung"

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Betriebsleiter Zinke von dem Zigarettenbetrieb Jasmatzi, Dresden, erklärte einmal vor dem Arbeitsgericht, die Unternehmer müßten „jetzt sozial denken und versuchen, so viel wie möglich Arbeiter neu einzustellen". Wie das in der Praxis aussieht, zeigt folgendes:

Bei Jasmatzi wurde eine Tropfenanlage für Zigaretten aufgestellt, durch welche

die Tageszeit für fertige Zigaretten von 24 Stunden auf sieben Minuten herabgedrückt

wird. Dadurch wurden die Arbeiter überflüssig, die die „Schwanen" vom und zum Lager transportierten. Die Rationalisierungsmaßnahme erfolgte also, um Arbeiter auf die Straße werfen zu können und die Profite der Unternehmer noch weiter zu steigern. Dieses Beispiel beweist erneut, was Versicherungen der Unternehmer wert sind.

In der „Bulgaria" hat man die Tourenzahlen der Zigarettenmaschinen von 1000 auf 1100 Touren erhöht.

Dadurch müssen jetzt 164 statt bisher 144 „Schwanen" gefertigt werden. Das bedeutet für die Arbeiterinnen eine erhöhte Ausbeutung und Erhöhung der Gefahren bei der Arbeit. Durch diese Maßnahmen wird die Möglichkeit geschaffen, weitere Arbeiterinnen und auch Maschinenführer auf die Straße zu werfen.

So sieht die „Arbeitsbeschaffung" in der Wirklichkeit aus. Deshalb ist es notwendig, daß sich die Zigarettenarbeiter zur roten Einheitsfront zusammenschließen und den Kampf gegen Lohnabbau und Massenentlassungen organisieren.

Fordert in allen Betrieben Belegschaftsversammlungen und verlangt, daß dort ein Vertreter der RGO spricht.

Pfui Teufel!

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Meister Strauch in der Dachpappenfabrik Müller und Arnhold in Kamenz versucht sich mit der Schikanierung der Arbeiter bei dem Unternehmer Liebkind zu machen. Er hat sehr üble Angewohnheiten. So spuckt er immer auf den Fußboden. Arbeitern, die ihm angeblich im Wege stehen, spuckt er auf die Füße. Zwei Arbeiterinnen, die in dem Verdacht stehen, der Arbeiterstimme Material zur Veröffentlichung gegeben zu haben, wünscht er besonders aus. Er nahm ein Stück Kautabak aus seinem Mund und legte es einer Arbeiterin auf die Margarinestulle. Einer anderen Kollegin spuckte er seinen Kautabak ins Wasserglas.

Die Arbeiterinnen dürfen sich eine solch unerhörte Behandlung nicht eine Minute gefallen lassen. Die Belegschaft muß zu diesen Vorgängen sofort Stellung nehmen und die Entlassung dieses Meisters erzwingen.

In dem Artikel „Tarifverschlechterung in der Zigarettenindustrie" ist uns eine Namensverwechslung unterlaufen. Der sozialdemokratische Betriebsrat heißt Seifmann. Die Frau Stolz, die den Akkord der Akkordarbeiterinnen festsetzte, ist nicht Betriebsrätin, sondern die Vertreterin des Tabakarbeiter-Verbandes, und sie hat alle Verschlechterungen dem Lohnabbau zugestimmt.